

Mangels der Berichterstattung öffentlich-rechtlicher Medien dokumentieren wir den Bericht von Gerhard Rein über die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Karlsruhe (31.8.-8.9.2022). Einer der Schwerpunkte in Karlsruhe war die Erklärung zu Israel und Palästina. Zwei ehemalige Botschafter Israels, Ilan Baruch und Alan Liel, forderten die Vollversammlung auf, „die Realität in den besetzten palästinensischen Gebieten als das an(zu)erkennen, was sie ist, als Apartheid.“ Auch wenn die Erklärung den Begriff „Apartheid“ nicht nennt, macht sie die Situation in Ostjerusalem und im Westjordanland deutlich: „Mounting to Apartheid“. Und der Bericht zeigt auch, wie wenig Ökumene in unseren Kirchen als „Ernstfall des Glaubens“ (Ernst Lange) wahrgenommen und gestaltet wird. (Gottfried Orth)

Nach Karlsruhe

Er nimmt meine Wasserflasche und versteckt sie hinter seinem Rücken. So sieht es in meinem Land aus, klagt er. Dir wird weggenommen, was Dir gehört. Ein großgewachsener, eindrucksvoller Mann in einem langen schwarzen Gewand. Ein Delegierter aus Kamerun. In der warmen Karlsruher Mittagssonne sitzen wir uns zufällig beim Lunch gegenüber. Sein von mir bewundertes Kleidungsstück hat er zu seiner Ordination geschenkt bekommen. Er gehört der Reformierten Kirche seines Landes an und kümmert sich um Flüchtlinge. Das sei nicht besonders populär in seiner Kirche. Er ist ohne Vater aufgewachsen und ohne seine Mutter wäre er nichts. Sie kann nicht lesen und nicht schreiben. Und ist doch eine der klügsten Menschen, erzählt er. Ich bin auch ohne Vater aufgewachsen und erzähle von meiner Mutter, die mich als Hugenottin in die Evangelische Kirche brachte.

So sitzen wir da. Auf langen, schlichten Holzbänken und tauschen uns über unsere Mütter aus. Der etwa 40-jährige Delegierte aus Kamerun und der doppelt so alte Mann aus Berlin. Menschlich ganz nahe und aus unterschiedlichen Kulturen. Aber das trennt uns nicht. Gespräche, Begegnungen dieser Art machen die Vollversammlung des Weltrates der Kirchen in Karlsruhe zu einem bewegenden Ereignis.

Es ist eine Wiederentdeckung. Die ökumenische Bewegung existiert.

Eine Gemeinschaft, die leise betet und laut feiert. Die die vorhandenen Kontroversen nicht verschweigt, sondern deutlich benennt. Die kulturelle, religiöse und politische Vielfalt ist mit Augen und Ohren und im Herzen zu spüren. Dies ist die bewohnte Erde, die Ökumene.

Und wie komme ich nun runter von dieser erneut dankbar erlebten Gemeinschaft von Menschen, die nicht in Streit verliert sind, sondern trotz aller vorhandenen Konflikte und Kriege in der Welt Versöhnung suchen?

Ach, das ist leider, leider ganz einfach.

Im Vorfeld der ersten Vollversammlung des Weltrates der Kirchen in Deutschland haben sich die sogenannten Qualitätsmedien hierzulande darin gefallen vorauszusagen, dass in Karlsruhe eine „Kirchen-Documenta“ drohe. Heribert Prantl schrieb das in der Süddeutschen Zeitung und wiederholte damit nur, was vorher in Publik-Forum und Deutschlandfunk schon zu lesen und zu hören war. Prantl erfand in seinem Voraus-Kommentar auch das Wort „Weltkirchentag“, das es in der ökumenischen Bewegung bisher nicht gibt. Prantls Kreativität steht ihm ja immer mal wieder im Weg. In der Sendung „Tag für Tag“ des Deutschlandfunks sorgt sich auch der Historiker Michael Wolffsohn vor Beginn der Konferenz, israelbezogener Antisemitismus werde die Tage in Karlsruhe verdüstern. Dem designierten neuen Generalsekretär des Weltrates, Jerome Pillay, einem schwarzen

Theologie-Professor aus Südafrika, wirft Wolffsohn mehr oder weniger vor, keine Ahnung von Apartheid zu haben. Das ist nun wirklich absurd.

Am 31. August 2022 wurde die vielleicht wichtigste und mit mehr als 4000 Teilnehmern auch größte internationale Kirchenkonferenz, die je in Deutschland zusammenkam, eröffnet.

In der 19-Uhr-Sendung des ZDF eine 20-Sekunden-Meldung. Der Bundespräsident habe in Karlsruhe die Russisch-orthodoxe Kirche scharf kritisiert (mit Bild von Steinmeier im Hintergrund).

In der ARD-Tagesschau um 20 Uhr kein Wort, keine Silbe, kein Komma über Karlsruhe. Dafür aber ein netter Beitrag über die Eröffnung der Filmfestspiele in Venedig.

Das ist ein Skandal. Ein Desaster für Journalismus in Deutschland, aber auch ein Debakel für die Evangelische Kirche, die die ökumenische Bewegung nicht als „Ernstfall des Glaubens“ verbreitet, sondern als eine Angelegenheit unter anderen. Kein Wunder, dass die Medien darauf mit Desinteresse reagieren.

Der Bundespräsident hält zur Eröffnung kein Grußwort, sondern eine Rede. So laut, so fordernd haben wir Frank-Walter Steinmeier lange nicht mehr wahrgenommen. Seine Ansprache war nicht von Hoffnung auf eine gelingende Vollversammlung bestimmt, sondern von Hinweisen darauf, wie 352 Kirchen aus aller Welt den Erwartungen eines deutschen Bundespräsidenten gerecht werden sollten. Ausgerechnet. Mit wem man auch anschließend sprach, Delegierte, Berater, ökumenische Aktivisten aus Deutschland: sie alle waren, ohne Ausnahme, sagen wir es freundlich, irritiert von der Rede ihres Bundespräsidenten. Sagen wir es deutlicher: überwiegend entsetzt.

Nun muss man freilich Herrn Steinmeier zugutehalten: Er stand unter immensem Druck. Angesichts der Zustimmung des russisch-orthodoxen Patriarchen Kyrill zu Putins verbrecherischem Krieg gegen die Ukraine, wollten Kräfte im deutschen Außenministerium darauf hinwirken, dass die für die Karlsruher Versammlung zugesagte finanzielle Unterstützung von 5,5 Millionen Euro zurückgehalten wird und der Bundespräsident in Karlsruhe nicht auftritt. Hinter den Kulissen kämpften im Auswärtigen Amt verschiedene Fraktionen gegeneinander. Drei Wochen vor der geplanten Rede hörten wir aus dem Bundespräsidialamt, es sei noch nicht entschieden, ob der Chef in Karlsruhe sprechen werde. Eine Woche vorher stand dann fest: Er redet. Kein Wunder also, dass unter diesem Druck der Bundespräsident in Karlsruhe nicht befreit, sondern sichtlich beschwert das Wort ergriff. Laut und behrend. Auch im Namen der Regierung, wie er wohl bewusst nicht vergaß zu erwähnen.

Aber danach begann ein ökumenisches Fest des Glaubens. Begegnungen, Gottesdienste, Orthodoxe Litaneien und Calypso-Rhythmen zusammen in gemeinsamen Gebetszeiten. Und niemandem kam das befremdlich vor.

Und ernsthafte Debatten über den bedrohten Planeten, über Armut und Fluchtbewegungen, über Hunger und Kriege, über die Nah-Ost-Krise und den Krieg in der Ukraine. Vor dem Kongress-Zentrum in Karlsruhe gab es manchmal morgens, wenn die Delegierten eintrafen, Zoff zwischen leger gekleideten ukrainischen Frauen mit selbst gebastelten Plakaten und lauten Stimmen und den in Festroben auftretenden russisch-orthodoxen Delegierten. Aber drinnen ging es gesittet und zum Glück auch turbulent zu.

Vor allem dann, wenn junge Menschen von den versammelten Eminenzen mehr Rechte, mehr Einfluss, mehr Sitze in den Gremien des Weltrates verlangten.

Was denn sonst? Der Protest der Jugendlichen hat Tradition im Weltrat, aber richten müsste er sich auch an die eigenen Kirchen, die sie nach Karlsruhe entsandt hatten.

In den Plenarsitzungen, in den Berichten aus den Kommissionen wurde bald deutlich, dass kluge, warmherzige, kompetente Frauen das Geschehen dieser Vollversammlung wesentlich prägen. Die Anglikanerin Dr. Agnes Aboum aus Kenia vor allem, eine Entwicklungsexpertin, die als erste Frau und Afrikanerin dem Zentralausschuss vorsitzt und die Weltkirchenkonferenz in Karlsruhe souverän leitet. Die reformierte Theologie-Professorin Susan Durber aus England auch, die für eine Ökumene eintritt, die das Herz bewegt und Liebe ausstrahlt.

Die Klage aus Kamerun wird in Variationen aus allen Erdteilen bedrückend erhärtet. Vor allem aus Afrika. Temperamentvoll preist eine junge Frau ihren Kontinent als den mit Abstand schönsten der Welt. Mit Gastfreundlichkeit, die nirgendwo so anzutreffen sei. Mit den höchsten Bergen und den bezauberndsten Küsten. Dann bricht sie ihren Lobpreise je ab und erklärt: Korruption bestimmt unser Leben. Aus Südafrika eine ähnliche Klage: Unsere Regierung ist unfähig, das Land ordentlich zu regieren. Weit verbreitete Korruption verhindere das. Die politische Macht ist den Schwarzen übergeben worden, die wirtschaftliche Macht blieb aber weitgehend bei den Weißen. Nach der Befreiung beginnt offenbar die eigentliche Zeit der Bewährung.

Ich gestehe: Diesen Stimmen, diese schonungslose Kritik an den Zuständen der Welt höre ich, Anteil nehmend, zu. Sie erschrecken mich aber auch. Und ich denke an mein privilegiertes Leben in einem reichen Land und an meine Verantwortung.

Über Armut in der Welt, über die Klima-Katastrophe, über das Ziel einer sichtbaren Einheit der Kirchen verabschiedet die Vollversammlung gediegene und lesbare Texte. Das Hauptaugenmerk lag freilich, und verständlich, auf den „public issues“, den öffentlichen Angelegenheiten, den Erklärungen zu politischen Konflikten. Mit großem Konsens wurde eine Stellungnahme zum Krieg in der Ukraine verabschiedet. Sie beschreibt deutlich die Verantwortung für diesen Krieg. Aus der russisch-orthodoxen Delegation gab es keinen Widerspruch und auch nicht eine einzige „Propaganda-Rede“, wie vorher in Deutschland öffentlich befürchtet wurde. Dass sogenannte „namhafte Christinnen und Christen“ wie Ellen Überschär, Katarina Kunter, Marianne Birthler, die hannoversche Bischöfin Petra Bahr und auch Markus Meckel gefordert hatten, wegen Kyrills Unterstützung des Putin-Krieges die Russisch-Orthodoxe Kirche aus dem Weltrat der Kirchen auszuschließen, wenigstens zeitweise, wurde in Karlsruhe nicht unterstützt. Nicht mit einer Stimme. Dass Ausschluss das Gegenteil von Ökumene ist, müssen die „namhaften Christen“ aus Deutschland wohl erst noch lernen.

In der Debatte über den Krieg in der Ukraine trat auch ein russisch-orthodoxer Delegierter ans Mikrofon: Er frage sich, ob es bei der Diskussion um den Krieg in der Ukraine nicht um eine Verschleierung der eigentlichen Situation gehe. Das war alles andere als eine Propaganda-Rede, und mit breitester Zustimmung wurde die Ukraine-Erklärung akzeptiert.

Mit der gleichen deutlich sichtbaren Mehrheit in der Vollversammlung wurde anschließend auch die Erklärung zur Situation im Nahen Osten und damit auch zur Palästina/Israel-Krise gebilligt.

Über das Wort „Apartheid“ gab es in der Plenums-Debatte am letzten Tag der Vollversammlung kontroverse Beiträge. Einige Delegierte wollten den Begriff „Apartheid“ aus der Erklärung ganz gestrichen haben, andere berichteten, wie sie unter Apartheid leiden. Bischöfin Petra Bosse-Huber erklärte in einer strengen Rede im Namen der 13-köpfigen Delegation der Evangelischen Kirche in Deutschland, dass sie ganz und gar gegen die Verwendung des Begriffs sich ausspreche. In der

Erklärung wird Israel an keiner Stelle als Apartheid-Staat bezeichnet. Beschrieben wird aber eine Entwicklung, in der Human Rights Watch, Amnesty International, die Vereinten Nationen den Begriff „Apartheid“ in ihren Berichten zur Lage in Palästina und Israel zunehmend verwenden. „Mounting to Apartheid“. Etwas wächst an, verbreitet sich, wird stärker, wie der besonnene orthodoxe Erzbischof erklärte, der die Kommission moderierte, die die Stellungnahme vor und in Karlsruhe erarbeitet hatte.

Zu dieser großen Übereinstimmung mag auch beigetragen haben, was in einer Eingabe an die Vollversammlung zwei israelische Botschafter bekundet hatten.

Ilan Baruch und Alan Liel schreiben: „Als ehemalige israelische Botschafter in Südafrika erfuhren wir die Realität von Apartheid und die Schrecken, die sie verursachte, aus erster Hand. Wir haben damals mit eigenen Augen gesehen, wie die Opfer und ihre Verbündeten gegen diese Ungerechtigkeit gekämpft haben. Und wie die Welt sich ihnen allmählich im Kampf für die Beendigung der Apartheid in Südafrika angeschlossen hat. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung steigt unsere Beunruhigung über die Realität im Westjordanland sowie in Ostjerusalem, wo wir die Apartheid, wie wir sie aus Südafrika kannten, heute im sprichwörtlichen eigenen Hinterhof wiederfinden. Als zwei Israelis, die ihr ganzes Berufsleben der Vertretung von Israels Interessen gewidmet haben, ist es für uns schmerzlich mitanzusehen, wie unser Land diese Ungerechtigkeiten heute in den besetzten palästinensischen Gebieten weiterführt.

Wir teilen die traurige, aber richtige Einschätzung des südafrikanischen Bischofs Frank Chikane und anderer Mitgliedern der Untersuchungsmission des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), zu der sie während ihres Besuchs in Israel und Palästina Anfang dieses Jahres gekommen sind. Wir hoffen, dass die Mitglieder der Vollversammlung die Realität in den besetzten palästinensischen Gebieten als das anerkennen, was sie ist, als Apartheid.“

Die Botschafter vergleichen dann detailliert die Situationen in Apartheid-Südafrika mit denen in von Israel besetzten Gebieten in Palästina. Sie wollen mit ihrem Votum, wie sie sagen, zur Ehrlichkeit der Debatte beitragen und beklagen, dass ein großer Teil der Welt dazu schweigt.

Und ich wüsste nun gerne, wie Heribert Prantl und der in Tel Aviv geborene Michael Wolffsohn und Petra Bosse-Huber und die EKD-Delegation in Karlsruhe und die lieben Christen in unserem Land, die so gerne Menschen zu Antisemiten stempeln, die sich kritisch zur Besetzungspolitik Israels äußern, wie sie auf die Erklärung der Vollversammlung zum Nahen Osten reagieren, die das Wort Apartheid trotz aller Pressionen nicht ausspart.

Die Vollversammlung endete am Donnerstag, dem 8. September 2022, mittags, mit einem Gottesdienst. Bisher in der Süddeutschen Zeitung keine Zeile dazu, in der Sendung „Tag für Tag“ des Deutschlandfunks am Freitag, ein wohlwollend kritischer Beitrag. Aber in beiden Qualitätsmedien fast jeden Tag Reportagen und Interviews über den Synodalen Weg.

Die Medien in Deutschland sind am Katholischen weit mehr interessiert als am Ökumenischen. So ist es eben.

PS. Der bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm wurde als Nachfolger von Agnes Abuom für die kommenden acht Jahre zum Vorsitzenden des Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen gewählt. Kann der auf Friedfertigkeit und Ausgleich und Versöhnung beharrende Bedford-Strohm die ökumenische Lethargie in den Kirchengemeinden in Deutschland beenden helfen? Das wäre schön und auch wichtig. Ich hoffe es.